



Keine Einigung in Sicht – Tarifverhandlungen ergebnislos beendet

0% zusätzlich hat der NDR in den Verhandlungen am 24.09.2019 angeboten. Das reicht nicht, **Herr Marmor!** Ihr Angebot liegt immer noch 50% unter dem Tarifabschluss des Öffentlichen Dienstes. Nachdem am 18.09.2019 im NDR 550 Beschäftigte und in der gesamten ARD über 3000 gestreikt haben, ist dies ein Schlag ins Gesicht der Mitarbeiter, die eine faire Erhöhung fordern. Wieso waren Sie in der laufenden Tarifrunde bereit, die AT-Gehälter um 3% anzuheben? Wollen Sie diese etwa auch für 2020 um 3,2% anheben und die Tarifbeschäftigten weiter ohne Erhöhung lassen?

Machen Sie den Gewerkschaften JETZT ein verhandlungsfähiges Angebot!

Der NDR sagt, dass wir uns jetzt bewegen müssten. Analog zu den ver.di-Forderungen im Öffentlichen Dienst haben die ver.di-Tarifausschüsse 6%/12 Monate, mindestens aber 200 Euro gefordert. In den Tarifverhandlungen hat ver.di deutlich gemacht, dass mindestens der vollständige Abschluss des Öffentlichen Dienstes erreicht werden muss. Die mit den Arbeitgebern des Öffentlichen Dienstes geeinten Berechnungen beziffern den Abschluss auf **8,76% auf 33 Monate** Laufzeit (<https://wir-sind-es-wert.verdi.de/>). Die vom NDR als „Sonderregelungen“ bezeichneten Verbesserungen einzelner Gruppen gehörten auch in der Vergangenheit regelmäßig zum Gesamtvolumen von Tarifabschlüssen. Wir haben also im Volumen immer noch mehr als **50% Unterschied** obwohl ver.di sich schon erheblich bewegt hat!

„Wir würden unsere Mitarbeiter gerne angemessen vergüten, wenn wir könnten“, Dr. Albrecht Frenzel, Vorsitzender der Finanzkommission (FIKO) der ARD.

Der NDR argumentiert damit, dass in den laufenden Verhandlungen allerhöchstens das angeboten werden könne, was zuvor in der Finanzplanung vereinbart worden sei. Anders ausgedrückt: wir brauchen also nicht mehr verhandeln, die Beschäftigten kriegen ohnehin nur das, was wir geben wollen.

Wir sollen von der Tarifentwicklung im Öffentlichen Dienst abgekoppelt werden.

Dies kennen wir aus anderen Branchen und Medienunter-

nehmen: am Ende ist die Tabelle zusammengestaucht und Fachkräfte interessieren sich nicht mehr für die Branche und den Betrieb.

Dies wird ver.di nicht akzeptieren!

Der NDR argumentiert, dass die „schwarze Null“ erreicht werden müsse. Wenn der NDR dies über Auslagerung, prekäre (freie und sozialversicherungspflichtige) Arbeitsverhältnisse, Arbeitsplatzabbau und Tabellenabsenkung durchsetzen möchte, ist dies kein nachhaltiges Personalkonzept. Wenn notwendige digitale Investitionen finanziert werden können, muss dies auch für die Beschäftigten gelten. Selbstverständlich gibt es auch in ARD, ZDF und Deutschlandradio Spielräume für Investitionen in zukunftsfähige Personalstrukturen, jenseits von Beitragsperioden.

ver.di setzt sich deshalb auch für einen auskömmlich finanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk ein.

AfD und FDP greifen das System öffentlich-rechtlicher Sender an, auch manch andere Partei verteidigt die öffentlich-rechtlichen Sender leider nur lauwarm. Aber Angst vor der gesellschaftlichen Rechten und die KEF dürfen in Zukunft kein Tarifiediktat ausüben. **Herr Marmor**, es ist Ihre Aufgabe den öffentlich-rechtlichen Rundfunk auch zukunftsfest zu machen. Dazu gehören eine **auskömmliche Bezahlung** ebenso, wie die **Ermöglichung qualitativ hochwertiger Standards in der Darstellung und Berichterstattung**. Die bereits stattfindenden Einsparungen an Material, Aufwand, Personal machen dies vielfach schwierig bis unmöglich, die geplante Abkoppelung vom öffentlichen Dienst verringert die Attraktivität als Arbeitgeber.

Die Beschäftigten des NDR haben in bislang zwei Streiks deutlich gezeigt, dass sie sich nicht vom Öffentlichen Dienst abkoppeln lassen wollen. Denn die Anhebung heute bedeutet auch eine Sicherung der Rente morgen.

Auf der letzten Streikversammlung wurden mit überwältigender Mehrheit mehrtägige Streiks gefordert. ver.di wird diese Forderung jetzt aufnehmen und diskutieren.

Wir informieren Euch, achtet auf unsere Veröffentlichungen!



Mitmachen. Mitentscheiden. Mitglied werden

Zur Erinnerung hier noch unsere vollständigen Forderungen:

Einkommen:

- Anhebung der Gehälter um 6%/12 Monate, Mindestanhebung 200,00 €
- Anhebung der Effektivhonorare im Volumen 6%/12 Monate, mindestens 200 Euro
- Anhebung der Gehälter für Azubis/Dual Studierende 100€

Azubis/Dual Studierende:

- Wiederinkraftsetzung der Übernahmeregelung für Auszubildende/Dual Studierende aus dem vorhergehenden Tarifabschluss.
- einheitliche Laufzeiten von Qualifikationsverträgen im Anschluss an die Ausbildung
- Angleichung des Urlaubs für Azubis von 28 Tagen auf 30 Tage/Jahr
- Mietkostenzuschuss Azubis

Weitere Forderungen:

- Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen
- Vorteilsregelung für Gewerkschaftsmitglieder: 2 Tage zusätzlich frei (Bonusregelung)

Hier haben wir Verhandlungsbereitschaft, ohne dass es sich um materielle Forderungen in dieser Verhandlungsrunde handelte:

Angestellte:

- Tarifvertraglicher Anspruch auf Entfristung bei befristeter Beschäftigung mit mehr als zwei Verträgen
- Entfristung der bisherigen Regelung über „Zeit statt Geld“ („Flexitage“)

- Faktorisierung der Arbeitszeit zwischen 22:00-06:00 Uhr mit Faktor 1,5; Öffnung des Geltungsbereichs des TV Nachtarbeit für alle Berufsgruppen im NDR, Geltung des TV Nachtarbeit ab der 1. Stunde
- Rentennahe Arbeitszeitverkürzung bei entsprechendem Ausgleich
- Familienfrei: Arbeitsbefreiung zur Pflege von Angehörigen 1. Grades, die nicht im gemeinsamen Haushalt leben

Arbeitnehmerähnliche Personen:

- Anhebung der Euro-Limitierungen um 30%
 - Anhebung der Tage-Limitierungen um 10%, mindestens aber 80 Tage
- Status „arbeitnehmerähnlich“ wird erreicht bei 30 Arbeitstagen/6 Monate (aktuell: 42Tage)
- Volle tarifvertragliche Leistungen bis zum Erreichen der gesetzlichen Regelaltersgrenze, anschließend Wegfall Bestandsschutz, aber Anspruch auf alle anderen TV-Leistungen
- Krankentagegeld ab dem ersten Tag
- Wegfall der Bagatellgrenze des §16.5.3. TV Urheberrecht arbeitnehmerähnliche Personen
- 7 zusätzliche Urlaubstage für schwerbehinderte Menschen;
- Zahlung von Urlaubsgeld bei Inanspruchnahme von Bildungsurlaub;
- Familienzuschlag in Höhe von monatlich 67 Euro für jedes Kind.
- Honorar für Teilnahme an vom NDR angesetzte, verpflichtende Schulungsmaßnahmen
- Jobticket HVV für Freie/Mobilitätzuschlag



■ Beitrittserklärung

■ Änderungsmitteilung

Mitgliedsnummer

Titel/Vorname/Name

Straße

Hausnummer

PLZ

Wohnort

Staatsangehörigkeit

Telefon

E-Mail

Ich möchte Mitglied werden ab

Geburtsdatum

Geschlecht

weiblich

männlich

Beschäftigungsdaten

- Arbeiter/in Beamter/in freie/r Mitarbeiter/in
 Angestellte/r Selbständige/r Erwerbslos

- Vollzeit
 Teilzeit, Anzahl Wochenstunden: _____

- Azubi-Volontär/in-Referendar/in Schüler/in-Student/in (ohne Arbeitseinkommen)

bis _____ bis _____

- Praktikant/in Altersteilzeit

bis _____ bis _____

- Ich bin Meister/in-Techniker/in-Ingenieur/in Sonstiges: _____

Bin/war beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale)

Straße

Hausnummer

PLZ

Ort

Branche

ausgeübte Tätigkeit

monat. Bruttoverdienst Lohn-/Gehaltsgruppe Tätigkeits-/Berufsjahre

€

Werber/in

Name Werber/in

Mitgliedsnummer

Monatsbeitrag in Euro

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1 % des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes, jedoch mind. 2,50 Euro.

Ich war Mitglied in der Gewerkschaft

von

bis

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
 Gläubiger-Identifikationsnummer: DE6122200000101497
 Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Einzugsermächtigung

Ich bevollmächtige ver.di, den satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lastschrifteneinzugsverfahren von meinem Konto einzuziehen.

SEPA-Lastschriftmandat

Ich ermächtige ver.di, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an,

Kreditinstitut

die von ver.di auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belastenden Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Zahlungsweise

- zur Monatsmitte zum Monatsende
 monatlich halbjährlich
 vierteljährlich jährlich

Vorname und Name (Kontoinhaber/in)

Straße und Hausnummer

PLZ

Ort

BIC/BLZ

IBAN/Kto-Nr.

Ort, Datum und Unterschrift

Ort, Datum und Unterschrift

Datenschutz

Ich erkläre mich gemäß § 4a Abs. 1 und 3 BDSG einverstanden, dass mein Beschäftigungs- und Mitgliedschaftsverhältnis betreffende Daten, deren Änderungen und Ergänzungen, im Rahmen der Zweckbestimmung meiner Gewerkschaftsmitgliedschaft und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer Aufgaben elektronisch verarbeitet und genutzt werden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.

W-3235-04-0713



ver.di

Mitmachen. Mitentscheiden. Mitglied werden

V.i.S.d.P.: Lars Stubbe, Gewerkschaft ver.di, Fachbereich Medien, Kunst, Industrie Hamburg/Nord, Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg.

ndr.verdi.de